

Zeitschrift: Volksschulblatt

Herausgeber: J.J. Vogt

Band: 2 (1855)

Heft: 12

Artikel: "Soll die Besoldung der Primarschullehrer erhöht werden?"

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-249273>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

b. Wiederholung des ganzen Katechismus und das fünfte Hauptstück zu Ende.

Durch alle Abtheilungen werden fortlaufend Gebete, sowie Sprüche, Gedichte und Erzählungen religiös-sittlichen Inhalts erklärt und auswendig gelernt. (Fortsetzung folgt.)

„Soll die Besoldung der Primarschullehrer erhöht werden?“

Unter dieser Aufschrift bringt der „Bernische Patriot“ in seiner Nr. 21 einen Artikel, der zu sehr aus der Seele spricht, als daß wir selben hier nicht wörtlich aufnehmen sollten. Unter den politischen Blättern gehört dem Patrioten das Verdienst, allererst mit Kraft und Wärme den Gegenstand unserer nächsten Bestrebungen aufgenommen zu haben und frei und offen mit uns für das Nöthigste unter dem Nöthigen eingestanden zu sein. Er sagt: „Manche möchten geneigt sein, auf diese Frage mit der Antwort zu dienen, die uns einst im Waadtland als Urtheil über den dortigen Lehrerstand gegeben wurde mit den Worten: *ils ne pensent qu'à leur salaire*. Wir hören sie schon, die große Zahl derer, die auch unsern Lehrern den gleichen Vorwurf machen, sie denken nur an die Besoldung; es werde nichts geleistet, die Schulmeister seien hochmüthig und wie die Klagen alle heißen. Aber nur sachte, ihr Vorwurfsbereiter, wir wollen nicht mit Euch rechten, warum ihr so bitter urtheilet, wir wollen Euch nur zu bedenken geben, daß unser Lehrerstand vollkommen berechtigt und genöthigt ist, an seine Besoldung zu denken, daß da, wo kein Dünger gebraucht wird, auch keine rechte Frucht gedeihen kann.

Der „Patriot“ gesteht gerne ein, daß für das Schulwesen im Kanton Bern schon sehr viel gethan wurde und manche Klagen gegen die Schule und deren Leistungen vollkommen begründet sind. Die Regierung von 1830 hat durch Gründung eines Seminars, Besoldungszulagen, Beiträge zum Baue von Schulhäusern u. a. m. Dankenswerthes geleistet und diejenige von 1846 nicht minder, ob schon letztere die Erwartungen der Lehrerschaft und der Einsichtigen des Volkes nicht so befriedigte, wie man nach den im Verfassungsrathe proklamirten Grundsätzen sich Hoffnung gemacht hatte. Doch wies das Staatsbudget von 1847 bis 1850 für das Erziehungswesen immerhin die Summe von Fr. 434,000 bis 476,000. Es fehlte gewiß auch nicht am Willen der jeweiligen Staatsverwaltungen, der Schule zu helfen, aber es wurden nicht recht durchgreifende Mittel in Anwendung gebracht. So fehlte es z. B. an einem einheitlichen Lehrplan, an einem geregelten Besoldungssystem, an einer zweckmäßigen Beaufsichtigung der Schule, an nachdrücklicher Ueberwachung des Schulbesuchs. Der Grund, warum diese Gebrechen sich immer fortschleppten, liegt unserer Ansicht nach nicht im mangelnden Willen der Erziehungsdirektoren, sondern darin, daß dieselben nicht Fachmänner waren u. die wurden

Fliese nicht kannten, sie auch nicht kennen konnten. Eine natürliche Folge, diese stationären Mängel ließen die Volksschule nie zu einem rechten Gedeihen und Erstarren kommen und das Siedthum schleppte sich, wo nicht kräftige und einsichtsvolle Gemeindevorstände eingriffen, bei der Mehrzahl fort. Ungerecht ist es aber und scheint nicht nur, wenn die in ihren Erwartungen Nichtbefriedigten oder böswillige Feinde der Schule deshalb die Lehrer anklagen und ihnen alle Schuld in die Schuhe schütten. Die oben berührten Mängel oder Unterlassungssünden, nicht zu gedenken der Schwierigkeiten und Hemmnisse, die den Lehrern in den Gemeinden entgegenstehen, die aus der Gleichgültigkeit der Gemeindeglieder entspringen oder aus der feindseligen Stellung vieler Geistlichen, die jede vernünftige und aufklärende Richtung nicht leiden mögen; sie sind die Ursachen, daß unser Schulwesen nicht besser gehen will, als es geht. Wir müssen nothwendig aus diesem Mischmasch von Lehrmitteln, Fächern, Schulkommissären &c. &c. herauskommen, wenn etwas Besseres erzielt werden soll. Und vor allem muß der Lehrerstand ökonomisch erträglich gestellt werden, damit der Lehrer auch seiner Aufgabe leben kann, an seinen Beruf gefesselt und in die Lage versetzt wird, die Absicht aufzugeben, nur so lange in seiner Stellung zu bleiben, bis etwas Besseres kommt. Es ist freilich sehr unangenehm, wenn bei den Bürgern stets an den Geldsak geklopft wird; allein in einer so wichtigen Angelegenheit kann man es nicht genug thun. Die Erhöhung der Primarlehrerbefoldung findet ihre beredten Befürworter nicht nur unter der Lehrerschaft selbst und zwar unter solchen, die schon mehr als das Minimum genießen und also nie etwas hoffen können, sondern auch unter den Ärzten, Geistlichen u. a. einsichtigen Bürgern. Unter der 50ger Regierung schien ein günstiger Augenblick eingetreten zu sein, die Sache zu realisiren; sie unterblieb aber, wahrscheinlich aus dem Grunde, weil diejenigen, von denen die Anregung ausgegangen, sich überzeugt hatten, daß mit einer Befoldungserhöhung die Lehrerschaft doch nicht für herrschende Ansichten zu gewinnen wäre und somit der Erfolg dem gebrachten Opfer nicht entspräche. Ob die Schulsynode, die nun mit einem dahingehenden Gesuch vor die obersten Behörden treten wird, endlich Gehör findet, steht noch zu erwarten. Die Einhelligkeit, mit welcher die Lehrerschaft für die Sache auftritt, der Eifer, womit in vielen Gemeinden, wie z. B. soeben in Bern von Behörde aus die Aufbesserung der Gehalte beschlossen wurde, zeigen, daß es sich um eine dringende Angelegenheit handelt. Unter den öffentlichen Blättern hat seit längerer Zeit das „Bernische Volksschulblatt“ mit Wärme sich dafür verwendet und manche spezielle Züge mitgetheilt, die geeignet sind, jeden Menschenfreund von der Gefahr zu überzeugen, die der Volksbildung überhaupt u. der Schule insbesondere droht.“
